

Interview mit Herrn Walter Stüdeli (Köhler, Stüdeli & Partner GmbH) zur parlamentarischen Gruppe Kinder- und Jugendmedizin

Vor sieben Jahren, 2018, wurde die parlamentarische Gruppe Kinder- und Jugendmedizin in Bern gegründet, die von Walter Stüdeli koordiniert wird. Der Volkswirt und Politologe ist seit über 20 Jahren Geschäftsführer und Mitinhaber der Polit-Agentur Köhler, Stüdeli & Partner GmbH. Die SGKJPP war von Anfang an dabei und bis letztes Jahr 2024 durch unseren Co-Präsidenten Prof. Alain Di Gallo vertreten, der von unserer Seite den Schulterschluss unserer Fachgesellschaft mit der Gruppe geprägt hat. Die parlamentarische Gruppe umfasst die ganze Bandbreite der politischen Parteien und ein Expertengremium aller Spitzenverbände der Kindermedizin. Die Hauptziele sind 1) die medizinische Versorgung von Kindern und Jugendlichen sicherzustellen, 2) eine kostendeckende Finanzierung zu sichern und 3) die Kindermedizin attraktiv für den Nachwuchs zu machen.

Lieber Herr Stüdeli, danke, dass Sie sich für ein Interview für die SGKJPP zur Arbeit der parlamentarischen Gruppe Kinder- und Jugendmedizin zur Verfügung stellen.

Sehr gerne. Lobbying hat eher eine negative Konnotation. Ich erkläre deshalb sehr gerne, was ich mache. Ich bin ein transparenter Lobbyist, der alle Mandate öffentlich macht.

Sie arbeiten seit bald sieben Jahren für die parlamentarische Gruppe Kinder- und Jugendmedizin. Wie kam es zur Gründung dieser Gruppe und wie kamen Sie selbst dazu, diese Gruppe zu koordinieren?

Urs Martin, der heutige Gesundheitsdirektor des Kantons Thurgau, und ich hatten zur gleichen Zeit die Idee, die heterogenen Interessen der Kinder- und Jugendmedizin besser zu bündeln. Wer im Parlament Erfolg haben will, muss mit einer Stimme gegen Aussen sprechen. Es gab viele Akteure, die allein unterwegs waren, die Koordination der Anliegen war mangelhaft. Sprechen die Verbände ihre Positionen nicht vorgängig ab, so werden die Ratsmitglieder unsicher, denn sie werden mit ähnlichen oder auch mit widersprüchlichen Anliegen kontaktiert. Auch waren den pädiatrischen Akteuren die politischen Prozesse und die Erwartungshaltungen der Ratsmitglieder wohl zu wenig bekannt. Es gibt viele ungeschriebene Regeln im Lobbying, die man kennen muss.

Ich bin in das Thema Kinder- und Jugendmedizin reingewachsen, weil die damalige Nationalrätin und heutige Ständerätin Tiana Angelina Moser nach einem „seriösen“ Lobbyisten im Gesundheitswesen gesucht hat. Ich wurde ihr empfohlen, und so hat die Zusammenarbeit begonnen. Urs Martin kannte ich schon von früheren Tätigkeiten.

Wie ist die Gruppe heute zusammengesetzt, hat sich in den letzten Jahren etwas an der Zusammensetzung der Gruppe geändert?

Die Zusammensetzung ist sehr breit. Vertreten sind vier ärztliche Fachgesellschaften, wie z.B. die SGKJPP, die Kinderspitäler, die Kinderzahnärzte, die pädiatrische Pflege und die Schulpsychologie. Die Zusammensetzung blieb seit Beginn der Arbeiten unverändert. Natürlich hat es personelle Wechsel gegeben, die teilweise emotional verliefen. Der Abschied von Alain di Gallo ist uns allen sehr schmerzlich. Wir sind aber mit Bigna Keller sehr glücklich, die seine Nachfolge übernommen hat.

Bisher wurde ein Antrag um Mitgliedschaft in der Expertengruppe abgelehnt. Die Kinderpsychologinnen und -psychologen sind sich am überlegen, einen Antrag um eine Mitgliedschaft zu stellen.

Wir haben uns damals sehr über Ihre Entscheidung gefreut, aber warum haben Sie damals während der Pandemie die Kinder- und Jugendpsychiatrie, Alain Di Gallo in die Task Force des Bundes delegiert?

Natürlich denkt man nicht primär an einen Kinderpsychiater, wenn es beispielsweise um heikle Impffragen geht. Aber die Psyche der Kinder- und Jugendlichen wurde während der Krise immer mehr zum Thema, z.B. bezüglich Schulschliessungen, Quarantäne-Regeln, Pool-Tests usw. Alain war fachlich und menschlich unbestritten. Er ist ein Brückenbauer, der stets positiv nach vorne blickt. Ich kann mich gut an ein Treffen mit dem EDI und dem BAG erinnern, nach dem wir alle frustriert waren. Nur Alain sah es positiv und sagte, dass wir ein Korn säen konnten. Dieser positive Weitblick war sehr wohltuend.

Sie haben einmal gesagt, Kindermedizin ist Familienmedizin, hat sich im Bewusstsein der Politik etwas dazu geändert?

Ja, das Parlament, das EDI, das BAG und die GDK wurden durch unsere politischen Aktivitäten für die Besonderheiten der Kinder- und Jugendmedizin sensibilisiert. Es gilt eben nicht nur ein Kind zu behandeln, sondern auch das Umfeld einzubeziehen. Es ist sehr erfreulich, dass wir von der neuen Gesundheitsministerin zu einem Antrittsgespräch eingeladen wurden und dass sie ein Folgegespräch vorgeschlagen hat. Vorher war Kindermedizin zumindest teilweise in die Hausarztmedizin, bzw. in die Psychiatrie integriert. Nun ist sie politisch gesprochen eine eigenständige Disziplin mit Subdisziplinen geworden. Die Kinder- und Jugendpsychiatrie und -psychologie ist ein wichtiger Teil, der nun spezifisch vertreten wird.

Warum ist die Kindermedizin von einer so dramatischen Unterfinanzierung betroffen?

Es gibt wohl mehrere Gründe. Ein Teil der Unterfinanzierung hängt damit zusammen, dass die Besonderheiten, sprich die Mehraufwände, der Kinder- und Jugendmedizin, in den Tarifen nicht abgebildet werden. Dazu gab es Motionen im Parlament, die leider auf den Tischen der Verwaltung liegenbleiben. Leider hat auch die neue Gesundheitsministerin kürzlich gesagt, dass sie die [Motion Müller](#) nicht adäquat umsetzen will. Auch die Kostenneutralität des Tardoc ist problematisch. Noch schwieriger wird es, wenn die Kostenneutralität für ambulante Tarife und ambulante Pauschalen gilt. Das sind wichtige Gründe, weshalb wir ein Projekt zur Lancierung einer eidgenössischen Volksinitiative gestartet haben. Wir wollen einerseits politischen Druck aufrechterhalten, andererseits die Volksinitiative lancieren können, wenn es wirklich notwendig wird. Ich führe Gespräche mit mehreren Ratsmitgliedern, um die nächsten Schritte zu besprechen.

Hat sich im Verlauf der Jahre etwas an den Zielen der Gruppe geändert, und was wurde in den letzten Jahren schon erreicht?

Die Visibilität und der Zugang zu Ratsmitgliedern, zum EDI, BAG, BSV, zu Swissmedic und dem Bundesamt für wirtschaftliche Landesversorgung BLW ist viel einfacher geworden.

Offene Türen und vertrauensvolle Beziehungen sind eine wichtige Voraussetzung, bringen aber noch nicht den gewünschten Erfolg.

Wichtig ist, dass zahlreiche parlamentarische Vorstösse angenommen wurden, die wir initiiert hatten. Das BAG hat auch Ressourcen geschaffen, um diese umzusetzen, z.B. im Bereich der Indikatoren über die Kinder- und Jugendgesundheit („minimal set of indicators“), bei der Umsetzung des Postulats Humbel ([Postulat Humbel Stärkung der Kinder- und Jugendmedizin. Nationale Strategie](#)) und zur Definition von Massnahmen zur Verbesserung der mentalen Gesundheit von Kindern und Jugendlichen. Dieses Thema wurde nun in die „Agenda Grundversorgung“ übernommen, welche die Gesundheitsministerin kürzlich initiiert hat.

Wir sind in der Agenda Grundversorgung recht prominent vertreten. Das wäre wohl nicht der Fall, wenn es die parlamentarische Gruppe und die Expertengruppe Kinder- und Jugendmedizin nicht gegeben hätte.

Enttäuschend ist, dass zahlreiche angenommene parlamentarische Vorstösse jahrelang in den Amtsstuben liegenbleiben. Das Parlament hat leider kaum die Möglichkeit, hier Druck zu machen. Wir überlegen uns nun, einzelne angenommene Motionen wieder als parlamentarische Initiativen einzureichen. Das ist für uns aufwändig, weil wir da einen konkreten Gesetzestext vorschlagen müssen, was bei einer Motion die Aufgabe der Verwaltung ist. Dazu benötigen wir auch fachliche Unterstützung von Juristen.

Wie sieht es mit dem Thema Prävention und Frühintervention aus? Die Kindermedizin hat ja auch einen stark präventiven Ansatz, bzw. eine frühe Behandlung kann Chronifizierungen verhindern, wie sieht das die Gruppe?

Ehrlicherweise haben wir uns mit dieser Frage – mit Ausnahme der Routineuntersuchungen – in der Expertengruppe wenig beschäftigt. In Arbeitsgruppen mit dem BAG, z.B. im Bereich der Kinder- und Jugendpsychiatrie, wurde darüber gesprochen und es wurden Musterbeispiele gesammelt.

Wir wissen, dass die Prävention und Gesundheitsvorsorge in der Bundespolitik einen sehr schweren Stand haben. Wir haben so viele Aufgaben zu lösen, dass wir mit den „low-hanging-fruits“ beginnen wollten. Nur gibt es in der Gesundheitspolitik kaum noch rasche Erfolge zu erzielen. Jeder noch so kleine Schritt muss hart erkämpft werden. Oft muss man dankbar sein, wenn man den ungenügenden Status Quo erhalten kann.

Was sind aus Ihrer Sicht die nächsten wichtigsten Schritte für die Gruppe? Welche Vorstösse planen Sie im 2025?

Die Schwerpunkte für das Jahr legt die Expertengruppe fest. Zentral ist die Mitarbeit in den verschiedenen Arbeitsgruppen der Agenda Grundversorgung. Hier gilt es, Massnahmen zur Verbesserung der psychischen Gesundheit von Kindern und Jugendlichen zu erarbeiten. Druck machen auch bereits eingereichte oder angenommene parlamentarische Vorstösse, welche Massnahmen zur Verbesserung der psychischen Gesundheit fordern.

Im KVG wollen wir eine definitive Lösung für die Ausnahmen von der dreijährigen Tätigkeitspflicht gemäss Artikel 37 Absatz 1 KVG bei nachgewiesener Unterversorgung schaffen. Ich habe letztes Jahr diesbezüglich mit der Präsidentin der SGK-N und dem Präsidenten der SGK-S gesprochen. Sie haben gewünscht, dass wir zusammen mit der FMH einen Vorschlag erarbeiten. Das werden wir gerne tun.

Die Beschaffung von zugelassenen, aber nicht verfügbaren und nicht zugelassenen patentfreien Arzneimitteln aus dem Ausland soll Mitte Jahr in Kraft gesetzt werden. Die Entscheide wurden gefällt, worüber ich sehr dankbar bin. Wir müssen da die Verwaltung noch etwas stossen, damit die Umsetzung vorwärts geht.

Wir werden uns nochmals ans BSV wenden und versuchen, Vereinfachungen bei der Vergütung von Mitteln und Gegenständen über die IV zu erreichen, die nicht standardmässig eingesetzt werden.

Weiter kümmern wir uns um die Tariffragen, allerdings nicht im Sinne von Tardoc. Uns geht es um die Berücksichtigung der Besonderheiten der Kinder- und Jugendmedizin im Gesetz. Wir möchten z.B. einen Zuschlag schaffen oder Limitierungen aufheben. Dazu soll ein Grundsatz im Gesetz geschaffen werden.

Wir haben eine Arbeitsgruppe gebildet, welche die Entscheidungsgrundlagen für das Projekt der Lancierung einer eidgenössischen Volksinitiative erarbeitet. Wir haben vom Zürcher Verfassungsrechtler Prof. Dr. iur. Thomas Gächter mehrere Vorschläge ausarbeiten lassen. Nun geht es darum, die Vor- und Nachteile abzuwägen.

Was ist Ihnen persönlich besonders wichtig bei Ihrer Arbeit für die parlamentarische Gruppe?

Mir gefällt es sehr, wie unkompliziert und vertrauensvoll die Zusammenarbeit verläuft. Jede und jeder zeigt Verständnis für die Anliegen der anderen Disziplinen. Wir suchen stets nach pragmatischen Lösungen und nach Kompromissen. Darin sind wir wirklich gut. Man hat uns bei der Gründung vorausgesagt, dass es uns nicht lange geben werde. Ich mag ja persönlich diese David- und Goliath-Geschichten. Die Kinder- und Jugendmedizin war politisch untervertreten. Dies zu ändern war und ist mir ein grosses Anliegen. Es lohnt sich wirklich, in die Kinder und Jugendlichen zu investieren. Es gibt dort den nachhaltigsten Erfolg, oder – wenn zu wenig Ressourcen eingesetzt werden – den grössten Schaden.

Was möchten Sie sonst gerne noch unseren SGKJPP-Mitgliedern sagen?

Sorgen bereitet mir die grosse Prävalenz psychischer Erkrankungen bei jungen Menschen, namentlich bei Mädchen und jungen Frauen. Was läuft hier gesellschaftlich schief? Wie gefährlich ist die frühe Nutzung von digitalen Medien, namentlich Social Media, für die frühkindliche Entwicklung? Mit welchen Schäden müssen wir da rechnen und wie können wir einen vernünftigen Umgang mit den digitalen Instrumenten sicherstellen? Es kann doch nicht sein, dass Bildschirme immer mehr zum Babysitter für kleine Kinder werden. In den Schulen wird die Handynutzung ja immer restriktiver gehandhabt, was ich begrüsse. Doch wie kann man den privaten Konsum in den Griff bekommen? Das erachte ich als Herkulesaufgabe, welche die Gesellschaft breiter diskutieren sollte.

Lieber Herr Stüdeli, besten Dank für dieses sehr informative Interview. Wir sind gespannt, was sich durch diese Gruppe berufspolitisch bewegen lässt.

Susanne Walitza, Vorstandsmitglied und Kommunikationsverantwortliche